

## Einmal spucken, bitte!

Die IHK St. Gallen-Appenzell forderte früh Massentests für Betriebe. Nun bläst der Bund zur Testoffensive. Einzelne Firmen sind längst dran.

Regula Weik

Das neue Testregime des Bundesrats scheint gut und stimmig. Jedenfalls auf dem Papier. Doch wird es sich auch rasch umsetzen lassen? Ab Montag sollen alle Tests in Apotheken oder Testzentren gratis sein, auch für Personen ohne Symptome. Zudem will der Bundesrat jeder Person monatlich fünf Selbsttests gratis abgeben – sobald verlässliche Tests zur Verfügung stehen. Noch sind solche einfachen Tests für jedermann und jede-frau zu Hause nicht erhältlich. Wann dies der Fall sein wird, ist offen. Auch Schulen und Unternehmen sollen wiederholt Tests durchführen. Unternehmen, die häufig testen, können von der Quarantänepflicht für Kontaktpersonen befreit werden.

Nun müsse es gelingen, «möglichst rasch, unbürokratisch und flächendeckend» diese erhöhten Testkapazitäten zur Verfügung zu stellen, hält die Industrie- und Handelskammer St. Gallen-Appenzell (IHK) fest. Sie fordert seit Wochen vehement breite Testmöglichkeiten für Unternehmen und drängt auf einen baldigen Einsatz von Schnelltests – «um rasch einen niederschweligen Zugang zu Tests zu garantieren». Denn es müsse gelingen, bei den Unternehmen, den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern eine hohe Testbeteiligung zu erzielen, sagt IHK-Direktor Markus Bänziger. Und: Die Unternehmen benötigten von den Behörden «klare Signale, Informationen und Anlaufstellen».

### Gratis, freiwillig und zu Hause

Ein Ostschweizer Unternehmen, das bereits heute auf regelmässiges Testen seiner 3000 Mitarbeitenden setzt, ist der Technologiekonzern Bühler in Uzwil. Das Testen ist freiwillig, die Mit-



Ein negativer Coronavirus-Schnelltest.

Bild: Gian Ehrenzeller/Keystone

arbeitenden testen sich selber zu Hause. «Alle Mitarbeitenden können einen Test pro Woche gratis beziehen, Risikopatienten bekommen zwei Tests pro Woche», sagt Personalchef Christof Oswald. Die Testkits würden «sehr intensiv» genutzt. Und: Seit dieser Woche können alle Mitarbeitenden auch Tests für Personen im gleichen Haushalt vergünstigt kaufen.

Um die Schläferinnen und Schläfer – Personen, die positiv sind, aber keine Symptome zeigen – zu erkennen, setzt das Unternehmen Spuckschnelltests ein. Der Bund hält nicht viel von diesen Spucktests, sie seien zu ungenau. Was sagt Oswald dazu? Die von ihnen ver-

wendeten Tests seien CE-zertifiziert und beim deutschen Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte gelistet. Sie hätten eine hohe Sensitivität von 96 Prozent (positive Testung) und eine Spezifität von 99,7 Prozent (negative Testung), sagt Oswald und fügt dann an: Er könne die Kritik des Bundesamtes für Gesundheit nicht nachvollziehen. «Das erinnert stark an die Maskendiskussion. Erst wurde falsch informiert, sie würden keinen Nutzen bringen. Dann wurde ihre Anwendung in einem ersten Schritt gefördert und schliesslich für die Bevölkerung verpflichtend eingeführt.»

20 000 Franken pro Woche – so viel kostet das regelmässige,

wöchentliche Testen aller Mitarbeitenden das Unternehmen heute. «Die Preise auf dem Weltmarkt dürften in den nächsten



Christof Oswald, Personalchef des Technologiekonzerns Bühler in Uzwil. Bild: PD

Wochen voraussichtlich stark sinken», sagt Oswald. Und man sei gespannt, wie der Bund die Finanzierung der Tests organisiere und ab wann er Schnelltests akzeptiere. «Es wird nicht einfach sein, genügende Mengen zu beschaffen, nachdem Deutschland und Österreich diese Tests bereits zugelassen haben und einsetzen.»

### Eigeninitiative als derzeit einziger Weg

Bühler beschäftigt Mitarbeitende aus über zehn Kantonen und dem nahen Ausland. «Wir sehen derzeit nur einen Weg, die Situation für uns etwas zu entspannen: durch Eigeninitiative», sagt Oswald. Auf die Frage, ob das

## Thurgau gleist Tests für Betriebe auf

**Strategie** Der Thurgau plant, beim Testen in die Offensive zu gehen, wie Regierungsrätin Cornelia Komposch erläutert. Eine Arbeitsgruppe, in die auch die Industrie- und Handelskammer sowie der Gewerkschaftsbund eingebunden seien, erarbeite derzeit ein Konzept. Ziel ist, bis im Mai interessierten Unternehmen die Grundlagen für grossflächige Coronatests in der Belegschaft zu schaffen. Nach aktuellem Stand würde der Bund zwar die Kosten für die Tests übernehmen, für die Bereitstellung einer Informatikplattform zur Erfassung nimmt er aber die Kantone in die Pflicht. (sme)

Unternehmen in seinen Bemühungen zur Bekämpfung der Pandemie, vom Kanton genügend unterstützt wird, antwortet er: «Wir stehen laufend im Gespräch mit dem Kanton und hoffen, in den nächsten Tagen gemeinsam einen Fortschritt für die Unternehmen und die Bevölkerung im Kanton erreichen zu können.» Es sei aber nicht allein der Kanton gefordert. Der Bund und das Bundesamt für Gesundheit stünden in der Pflicht, «viel vorausschauender und rascher zu handeln, sonst wird das Zusammenspiel von global tätigen Unternehmen und lokaler Wirtschaft künftig sehr schwierig».

Den definitiven Entscheid über die neue Teststrategie fällt der Bundesrat morgen. Bis dahin hört er sich die Kantone an. Das dürfte aber reine Formsache sein. Für die Ausweitung der Tests greift der Bund tief in die Tasche: Die Rede ist von Kosten von einer Milliarde Franken für das laufende Jahr.

## «Jetzt muss der Bundesrat eingreifen»

Ostschweizer Parlamentarier sind besorgt über die in Weissrussland inhaftierte St. Gallerin Natallia Hersche – und stellen Forderungen.

Die Nachrichten sind nicht gut: Das Letzte, was man von Natallia Hersche, der in Weissrussland inhaftierten St. Gallerin, gehört hat, ist, dass sie von einem Gefängnis in eine Strafkolonie für Frauen verlegt worden sei. Zuvor war die schweizerisch-weissrussische Doppelbürgerin in einen Hungerstreik getreten, weil ihr keine Briefe mehr in die Zelle gebracht wurden. Hersche war im September verhaftet worden, als sie an einer Demonstration gegen das Regime von Machthaber Alexander Lukaschenko teilnahm. Ihr wird vorgeworfen, sie habe bei ihrer Verhaftung einem Polizisten die Sturmhaube vom Kopf gerissen. Dafür wurde sie zu zweieinhalb Jahren Haft verurteilt.

Im Bundesparlament wächst die Sorge über Hersches Schicksal. Die St. Galler SP-Nationalrätin Barbara Gysi übernahm im

vergangenen Jahr eine Patenschaft für die Gefangene im Rahmen einer Kampagne der Menschenrechtsorganisation Libereco. Im Februar unterzeichneten 88 Bundesparlamentarier einen Brief an Weissrussland mit der Forderung, Hersche und die über 240 weiteren politischen Gefangenen freizulassen. Diese Forderung bekräftigte das Nationalratspräsidium diese Woche bei einem Treffen mit der weissrussischen Oppositionsführerin Swetlana Tichanowskaja.

### «Alles tun, damit sie freikommt»

Am Montag in der Fragestunde des Nationalrats sprach Claudia Friedl (SP/SG) den Bundesrat auf die Sache an. Dieser antwortet, über ihren Botschafter in Minsk unterhalte die Schweiz regelmässige Kontakte zu Menschenrechtsaktivisten. Man sei

fest davon überzeugt, dass die Krise im Dialog gelöst werden müsse. Zur Situation von Natallia Hersche stehe das EDA in Kontakt mit dem weissrussischen Aussenministerium. Am 1. März habe Botschafter Claude Altermatt Natallia Hersche zum siebten Mal besucht. Laut EDA bat er sie, den Hungerstreik aus Rücksicht auf ihre Gesundheit



Natallia Hersche Bild: Privat

zu beenden. Friedl, die Mitglied der aussenpolitischen Kommission (APK) ist, sagt, die Schweiz habe sich zwar den Sanktionen der EU gegen Weissrussland angeschlossen, unter anderem ein Einreiseverbot für Lukaschenko erlassen und Konten blockiert. Jedoch: «Das reicht ganz klar nicht.» Jetzt müsse sich nebst den Diplomaten auch der Bundesrat einschalten. Und: «Die Bemühungen des Schweizer Botschafters in Minsk für Frau Hersche dürfen auf keinen Fall abbrechen. Es muss alles unternommen werden, damit sie freikommt.»

### «Schweiz soll schärfere Sanktionen vorbereiten»

Was sagen die anderen Ostschweizer Aussenpolitiker? «Ich habe die ausserordentliche schwierige Situation von Frau Hersche schon Anfang Oktober

in der APK des Ständerats zur Sprache gebracht», sagt Benedikt Würth (Die Mitte/SG). «Es ist wichtig, dass der Druck auf allen Ebenen hoch bleibt – Botschaft, EDA, Bundesrat, Parlament, Medien.» Klar sei: «Frau Hersche ist eine politische Gefangene. Weder hat ein faires Verfahren stattgefunden, noch ist das Strafmass nachvollziehbar. Die internationalen Menschenrechtsstandards sind klar missachtet.» Ist eine Verschärfung der Sanktionen nötig? Würth sagt: «Der Bundesrat muss zumindest entsprechende Vorbereitungen treffen, damit wir bei Bedarf rasch handeln können.»

Nationalrat Roland Rino Büchel (SVP/SG) sagt: «Ich habe selber im konsularischen Dienst gearbeitet. Deshalb kann ich recht gut nachvollziehen, wie verzwickelt die Situation für die

Leute vor Ort ist.» Es sei immer schwierig, wenn Doppelbürger in anderen Ländern mit Gesetzen in Konflikt kämen, die aus Schweizer Sicht unverständlich seien. «Ich bin mir sicher, dass unsere Leute auf der Minsker Botschaft hier im Rahmen der Möglichkeiten einen guten Job machen.» Die aktuellen Sanktionen, vor allem diejenigen gegen die Lukaschenko-Familie, seien in Ordnung. «Wir sollten nicht weiter gehen als die EU.»

Ständerat Andrea Caroni (FDP/AR) findet hingegen, wenn der Bundesrat zum Schluss komme, es sei sinnvoll, die Sanktionen auf weitere Verantwortliche auszuweiten, solle er das tun. «Weissrussland ist eine Diktatur, die Menschenrechte und demokratische Rechte mit Füssen tritt.»

Adrian Vögele